



Otto Dix – Großstadt (Triptychon 1927/28)

Horváth und seine Zeit

*»Und die Leute werden sagen
In fernen blauen Tagen
Wird es einmal recht
Was falsch ist und was echt
Was falsch ist, wird verkommen
Obwohl es heut regiert
Was echt ist, das soll kommen –
Obwohl es heut krepirt.«*

Wenn man die Lebzeiten des Dramatikers Horváth betrachtet, so weiß man, welche enormen kriegerischen, verbrecherischen und ökonomisch sehr problematischen Zeiten dieser Mann durchleben musste.

Wenn man heute Horváths Stücke liest und darüber Reflexionen anstellt, ist es unabdingbar, die zeitgeschichtlichen Ereignisse, die die Menschen damals direkt betroffen haben, zu berücksichtigen. Der erste Weltkrieg brachte in der Folge viele Misstände politischer und wirtschaftlicher Art mit sich. Es gab kaum jemanden, der durch den Krieg nicht Haus und Hof, oder seine Arbeit verloren hatte. Der große materielle Verlust war sicherlich schwerwiegend, viel schmerzlicher aber war es, die Nachricht der im Krieg gefallenen Freunde und Familienangehörigen zu erhalten.

Auffallend ist, dass Horváth eben nicht die historischen Ereignisse des ersten Weltkrieges an sich oder dessen politischen Ausgang und Verlauf thematisiert, sondern seine verheerenden Folgeerscheinungen, die alltäglichen Ereignisse und Probleme, mit denen sich die unteren Gesellschaftsschichten herumschlagen mussten.

Die langen Schatten des Krieges

Die politischen Anstrengungen der jungen Weimarer Republik werden von Anfang an von den Folgen des verlorenen Ersten Weltkrieges überschattet. Die Wirtschaft des deutschen Reiches muss neu entfacht, der demokratische Kurs im Inneren gegen die republikfeindlichen Kräfte der radikalen Linken und Rechten abgesichert werden. Die Ansprüche der alliierten Siegermächte müssen bedient oder abge-

wehrt werden.

Die Außenpolitik der Weimarer Republik beginnt unter denkbar schlechten Voraussetzungen. Dennoch können Mitte der 20er Jahre beträchtliche Erfolge verbucht werden. Erst die Weltwirtschaftskrise zwingt den verheißungsvollen Neubeginn der Weimarer Demokratie in die Knie.

Rheinlandbesetzung und Ruhrkampf

Ein erster diplomatischer Erfolg ist der Vertrag von Rapallo, den der deutsche Außenminister Walther Rathenau 1922 auf der internationalen Wirtschaftskonferenz in Genua mit Russland schließt. An den Westmächten vorbei gelingt es der deutschen Delegation mit Sowjetrußland einen Vertrag zu schließen, in dem beide Staaten auf gegenseitige Kriegsentschädigung verzichten und vereinbaren, wieder diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Die Westmächte nehmen verärgert zur Kenntnis, dass das besiegte Deutschland seine politische Handlungsfreiheit zurückgewinnt und eigene politische Pläne verfolgt.

Doch Deutschland ist nach wie vor durch die diktierten Friedensbedingungen des Versailler Vertrages sehr stark geschwächt. Neben Gebietsabtrennungen und hohen Reparationsleistungen waren auch die linksrheinischen Gebiete des deutschen Reiches und die rechtsrheinischen Brückenköpfe Köln, Koblenz und Mainz besetzt worden. Der Versailler Vertrag sah eine Besatzungszeit von mindestens 15 Jahren vor. Für die Deutschen eine herbe Demütigung, die politisch nie akzeptiert wurde. Die angespannte Stimmung entlädt sich 1923 im Ruhrkampf. Mit Misstrauen hatte der französische Präsident Poincaré die ständigen deutschen Klagen gegenüber den Reparationsforderungen der Westmächte registriert.

Als Deutschland zum Ende des Jahres 1922 mit Kohle- und Holzlieferungen im Rückstand ist, lässt Poincaré am 11. Januar 1923 französische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschieren. Die deutsche Politik und Bevölkerung reagieren entsetzt. Sofort werden sämtliche Reparationslieferungen an Frankreich und Belgien ausgesetzt, die deutsche Bevölkerung wird unter Lohnausgleichszahlungen zum Generalstreik aufgerufen. Doch die Ruhrbesetzung bricht der geschwächten deutschen Wirtschaft endgültig das Rückgrat, Deutschland gerät in den Strudel der Hyperinflation.

Der Dawes-Plan

Am 26. September gibt Reichskanzler Gustav Stresemann den Ruhrkampf auf. Stresemann erkennt, dass nur auf diplomatischem Wege mit Frankreich eine Übereinkunft gefunden werden kann. Nachdem



Frankreich seinerseits vergeblich versucht hat, durch Unterstützung von Separatisten an Rhein und Ruhr eine selbstständige rheinische Republik aus dem deutschen Reichsverband zu lösen, erkennen die Alliierten, dass ein wirtschaftlich geschwächtes Deutschland nicht in der Lage ist, den geforderten Reparationsleistungen nachzukommen.

Sind die Reparationsbedingungen dem besiegten Deutschland von den Siegermächten bislang diktiert worden, kommt es auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise von 1923 zur politischen Kehrtwende. Die USA geben ihre isolationistische Haltung auf und mischen

sich verstärkt in die europäischen Verhandlungen mit Deutschland ein.

Der amerikanische Finanzexperte Charles G. Dawes legt im Auftrag der amerikanischen Regierung einen neuen Reparationsentwurf vor, den so genannten »Dawes-Plan«. Darin wird Deutschland eine wirtschaftliche Erholungspause eingeräumt, für die kommenden fünf Jahre werden erträglichere Zahlungsbedingungen vereinbart und die deutsche Wirtschaft wird mit internationalen Krediten in Höhe von 800 Millionen Goldmark gestärkt.

Stresemann und die Politik der Wiederannäherung

Gustav Stresemann war Mitbegründer und führender Politiker der rechtsliberalen Deutschen Volkspartei (DVP). Er war Mitglied der Nationalversammlung und wenige Monate sogar Reichskanzler. Sechs Jahre lang, bis zu seinem Tod im Jahr 1929, vertritt Stresemann das Deutsche Reich als Außenminister und erreicht in dieser Zeit für Deutschland entscheidende Fortschritte in der Wiederannäherung an Frankreich und der Reduzierung der Reparationsforderungen. Er baut auf Verständigung statt Konfrontation, er erkennt, dass nur auf dem Weg der Aussöhnung Deutschlands Rückkehr als gleichberechtigtes Mitglied in das Konzert der europäischen Mächte erreicht werden kann.

Während Stresemann aufgrund seiner maßvollen Politik der Konsolidierung heftig von den radikalen Rechten im eigenen Lande angegriffen wird, erwirbt er sich als konstruktiver Realpolitiker bei den ehemaligen europäischen Feinden großes Vertrauen und Ansehen.

Gemeinsam mit dem französischen Außenminister Aristide Briand gelingt Stresemann eine erste Normalisierung der Beziehungen mit dem »Erbfeind« Frankreich. Beiden Politikern wird daraufhin für ihre erfolgreichen Bemühungen der Nobelpreis verliehen. In dem von ihnen angeregten Vertrag von Locarno



legen Stresemann und Briand am 16. Oktober 1925 das Fundament für eine neue europäische Ordnung. Deutschland erkennt die neuen Westgrenzen als unveränderlich an, und Frankreich, Deutschland und Belgien wollen auf jede künftige, gewaltsame Veränderung der territorialen Frage verzichten. Am 1. 12. 1925 beginnt Großbritannien schrittweise mit der Räumung des besetzten Rheinlandes.

Schon in Locarno hat Stresemann die Weichen für Deutschlands Aufnahme in den Völkerbund gestellt. Der amerikanische Präsident Woodrow Wilson hatte diesen Bund der Völker angeregt, um kriegerische Auseinandersetzungen künftig bereits im Ansatz zu verhindern. Am 2. September 1926 wird Deutschland feierlich in den Völkerbund aufge-

nommen. Stresemann spricht vor den Delegierten der Bundesversammlung von einer neuen Ära der Völkerverständigung. Von diesem Tag an ist Deutschland wieder gleichberechtigtes, souveränes Mitglied der europäischen Völkerfamilie.

Der Young-Plan

Im Jahr 1929 wird das Problem der Reparationen neu verhandelt, da Deutschland nicht in der Lage ist, die im Dawes-Plan festgesetzten Zahlungen aufzubringen. Unter dem amerikanischen Finanzexperten Owen D. Young wird der so genannte Young-Plan ausgearbeitet, der Deutschland eine größere Selbstbestimmung im Management der Zahlungsverpflichtungen von 122 Milliarden Goldmark zuerkennt. Doch die neue Strategie schockiert die deutsche Bevölkerung, denn der Young-Plan legt 59 Jahresraten zu je

zwei Milliarden Goldmark fest. Die Deutschen fühlen sich in eine Schuldklaverei verkauft, die viele Generationen dauern soll. Bis zum Jahr 1988 soll der Schadensersatz an die Alliierten gezahlt werden. Gleichzeitig bieten die Siegermächte Deutschland die sofortige, endgültige Räumung des Rheinlandes an, wenn Deutschland den Young-Plan ratifiziert. Stresemann drängt auf die Unterzeichnung. Fünf Monate vor seinem Tod, am 12. März 1930, kommt das Abkommen zustande; das Rheinland wird von den Besatzungsmächten freigegeben.

Am 25. Oktober 1929 kommt es zum folgenreichen "Schwarzen Freitag" an der New Yorker Börse. Die USA erleben den schwersten Börsencrash ihrer Geschichte. Aufgrund einer Überhitzung des Aktienmarktes als Folge zügelloser Investitionspolitik bricht die anhaltende Phase der amerikanischen Hochkonjunktur über Nacht zusammen. Die USA, Geldgeber der Welt, Finanziers der europäischen Alliierten und Kreditgeber der Weimarer Republik, sind pleite. Die Folgen für Deutschland sind dramatisch. Schlagartig ziehen die USA ihr Kapital aus Deutschland ab und fordern Schulden und Kredite ein, weil sie mit frischem Geld die eigene Wirtschaft wieder ankurbeln müssen.

Deutschland bekommt den Rückzug der amerikanischen Investitionen drastisch zu spüren. Die Weltwirtschaftskrise treibt die Zahl der Arbeitslosen sprunghaft in die Höhe. Von 1,6 Millionen im September 1929 steigt die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 1933 auf über 6 Millionen. Die inzwischen hervorragend organisierte Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) nutzt diese Situation konsequent für ihre Propaganda aus und wird zum Sammelbecken für die verelendenden und unzufriedenen Menschen.

Der Beginn der 30er Jahre markiert einen Systemwechsel in Deutschland. Die Weimarer Republik neigt sich dem Ende zu. Mit legalen Mitteln wird Hitler Reichskanzler. Erst höhlt er die Verfassung der Weimarer Republik aus, dann schafft er Deutschlands erste Demokratie ab. Für das Deutsche Reich beginnt nach einem hoffnungsvollen demokratischen Aufbruch die dunkle Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft.